

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Durch die

Unterzeichnung des Atlantikpaktes

hat die allgemeine politische Entwicklung eine weitere Förderung erfahren, von der man im allgemeinen hoffen und erwarten kann, sie werde dem Frieden dienen. Angesichts der andauernd teils stark offensiven, teils stark starren Haltung der Sowjetunion, der anders als durch die Betonung der Machtmittel nicht begegnet werden kann, war der Aufbau dieses Bündnisses nicht mehr zu umgehen. Wir können uns zwar denken, daß der eine oder andere Staat des europäischen Westens, oder auch Skandinaviens, aus den verschiedensten Erwägungen vielleicht lieber von dem Eintritt in dieses Bündnis abgesehen hätte, und wäre es auch nur um zusätzlichen Schwierigkeiten der Innenpolitik auszuweichen. Allein die allgemeinen Umstände der weltpolitischen Entwicklung haben es anders bestimmt, und sie haben auch den ziemlich weit gespannten Rahmen angegeben, welchen die neue Organisation — denn so muß der Pakt angesprochen werden — darbietet. So wird der Weg, welcher mit der Organisation des Marshallplans angetreten wurde, nun in dem politischen Bereiche fortgesetzt. Nach der wirtschaftlichen Hilfe stellen sich die kontinentalen Länder Europas auch machtpolitisch, und zwar nicht nur effektiv, sondern formell, unter den Schutz der Vereinigten Staaten, und damit sind sie in einem weiteren Grade von diesen abhängig geworden. Dies trifft nun nicht zu im Falle Englands. Zweifellos hat man sich in London trotz Marshallplan und Atlantikpakt ein bedeutendes Maß von Selbständigkeit bewahrt, was nicht zuletzt auf die unermüdlichen und verbissenen Anstrengungen des englischen Volkes zur eigenen Wiederaufrichtung zurückzuführen ist, — eine Haltung, die in wohlthätiger Weise absticht von der Einstellung, wie sie gewisse Länder des Kontinents nach wie vor bekunden. Und während nun ein großer Teil dieser Länder schon heute unter einer unablässigen und scharfen amerikanischen Kontrolle steht, kann es sich beispielsweise die englische Politik leisten, einen staatlichen Gesundheitsdienst einzurichten, der Hunderte von Millionen Pfund kostet und sich gleichzeitig durch die Marshallhilfe Amerikas, des Landes der freien Wirtschaft, in der großzügigsten Weise bedienen zu lassen. Die Engländer sind eben nicht nur in den Memoiren Churchills schlau. Ihre relative Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zeigt sich fast täglich auf dem weltpolitischen Felde, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sie auch in den Beziehungen zu Rußland wieder in Erscheinung treten wird, wenn die Stunde gekommen ist.

Im engen Zusammenhang mit dem Atlantikpakt steht

die Rüstungshilfe,

welche den europäischen Ländern seitens der Vereinigten Staaten in diesem Rahmen geleistet werden soll. Es bleibt abzuwarten, welche Haltung der amerikanische Senat in diesem Bereiche einnehmen will. Von Skepsis frei wird sie jedenfalls nicht sein. Dies wäre auch nicht zu verwundern angesichts der nach wie vor in den Wehrfragen völlig lässigen Einstellung der europäischen Partner des Paktes, und unter solchen Umständen wird die Entwicklung dieses Problems sicher noch manches zu reden geben. Zudem stellt sich die Frage der amerikanischen Rüstungshilfe in einem besonderen Maße für die Länder, welche der Sowjetunion benachbart sind, also im jetzigen Falle insbesondere für Norwegen und Dänemark. Es ist doch schon einigermaßen auffällig, wenn sogar eine bedeutende Persönlichkeit der amerikanischen Republikaner — John F. Dulles —, von denen man sonst eher eine schärfere Einstellung gegenüber Rußland gewohnt ist, davor warnt, die der Sowjetunion benachbarten Länder in auffälliger Weise auszurüsten, weil sonst unter Umständen Komplikationen entstehen könnten. Aber angesichts der einigermaßen zurückhaltenden Stimmung in den Kreisen des amerikanischen Senates wird wohl diese Rüstungshilfe ohnehin nicht allzu rasch in Gang kommen.

Ganz allgemein erscheint bemerkenswert, und zwar nicht nur bei den Nachbarn der Sowjetunion, eine gewisse

Stimmung der Nervosität,

die sich nun im Kreise der europäischen Partner des Atlantikpaktes zu verbreiten beginnt. Begreiflicherweise ist man dort auf die Reaktion Rußlands in besonderem Maße gespannt, aber es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, diesen Gefühlen nicht allzu deutlich Ausdruck zu geben. Immerhin haben die Russen durch ihre nach wie vor undurchsichtige Haltung stark dazu beigetragen, solche Empfindungen zu verbreiten; auch gehört in diesen Rahmen ohne Zweifel der jüngst vorgenommene Wechsel in wichtigen Positionen der Sowjetunion, über dessen wirkliche Bedeutung auch heute noch niemand nichts sicheres weiß. Vielleicht liegt aber dieser europäischen Nervosität insofern ein — für die Zukunft gesehen — ziemlich reales Element zu Grunde: die Empfindung nämlich, daß mit der Bildung des Atlantikpaktes keineswegs irgend etwas Endgültiges für das fernere Geschick Europas und der Welt getan ist. Es ist wohl das Gefühl, daß es sich eben um ein Palliativmittel handelt, das angesichts der ebenso offensiven wie starren russischen Haltung unumgänglich war, aber nicht um mehr, und vor allem nichts, womit die großen Probleme der Weltpolitik einer Lösung entgegengebracht würden. Und so steht denn nur zu hoffen, daß wenigstens der im Atlantikpakt bestätigte Selbstbehauptungswille der Partner, also insbesondere der europäischen, wirklich so stark sei wie sie behaupten, und daß in dieser Folge der Pakt als ganzes die russische Politik über die Grenzen aufkläre, welche nicht überschritten werden dürfen. Wenn der Atlantikpakt diese Voraussetzungen aufweist und diese Bedingung erfüllt, dann ist er ein gutes Werk.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Das große Ereignis dieser Wochen ist der

Abschluß des nordatlantischen Paktes.

Niemals in der Geschichte ist ein Bündnisvertrag von so gewaltiger geographischer Ausdehnung abgeschlossen worden. Das ist ein Ereignis, das nicht nur Großbritannien, sondern die ganze westliche Welt aufs stärkste angeht. Es genügt daher an dieser Stelle zu sagen, daß die überwältigende Menge des englischen Volkes den Pakt aufs wärmste begrüßt. Das englische Volk ist von Grund auf friedliebend, und es wünscht eine Sicherung des Friedens durch völkerrechtliche Institutionen aufs innigste. Nach der bitteren Enttäuschung durch die «Vereinigten Nationen» setzt es um so höhere Hoffnungen auf diesen Zusammenschluß von Völkern, die durch eine große Tradition und gemeinsame Ideale verbunden sind.

Das Budget

steht vor der Tür. Der Schatzkanzler, der nicht nur die Finanz-, sondern auch die Wirtschaftspolitik leitet, hat bereits seine Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung für das laufende Jahr vorgelegt. Das ist nun die dritte derartige Übersicht. Die erste, für 1947, war, wie jetzt allgemein zugegeben wird, verfehlt; die zweite, für 1948, vermied den leichtfertigen Optimismus ihrer Vorgängerin, und die jetzige ist noch vorsichtiger. Sie ist tatsächlich weniger eine Voraussicht in das kommende Jahr als ein an Tatsachen und Zahlen reicher Überblick über das abgelaufene. Dieser Rückblick aber kann den Engländer mit Befriedigung erfüllen. 1948 war ein Jahr erfreulichen und aner kennenswerten Fortschritts, in dem besonders die Ausfuhr beträchtlich zunahm, und zwar in höherem Maße als die Einfuhr. Das bedeutet eine Verbesserung der Handelsbilanz und auch der so lebenswichtigen Zahlungsbilanz. In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 war die Ausfuhr hinreichend, um 90 % der Einfuhr zu bezahlen, während das Verhältnis im Jahre 1947 nur 70 % betrug. Diese unzweifelhaft achtbare Leistung darf jedoch, wie der Bericht mit Recht betont, nicht über die bedrohliche Tatsache hinwegtäuschen, daß im Austausch mit den Dollarländern die Lücke immer noch 350 Millionen Pfund beträgt. Es kann also noch keine Rede davon sein, daß die Schwierigkeiten der englischen Volkswirtschaft gelöst wären, wie dies der Unterstaatssekretär Mayhew in seiner berüchtigten und törichten Äußerung behauptet hatte. Ein großer Teil des Erfolges muß auf die Marshallhilfe zurückgeführt werden, die denn auch in diesem amtlichen Aktenstück gebührend anerkannt wird. Auch soll man nicht vergessen, daß die Erfolge des englischen Exports ganz gewiß geringer gewesen wären, wenn nicht ein gefährlicher Konkurrent in diesem Jahr noch ausgeschaltet gewesen wäre, nämlich der deutsche. Wie die Dinge sich gestalten werden, wenn dieser Konkurrent wieder mehr und mehr auf dem Felde des internationalen Wettbewerbs in den Vordergrund tritt, ist eine Frage, die noch niemand zu beantworten vermag.

Ebenso zweifelhaft ist die Frage, wie weit die Erfolge von 1948 auf

die sozialistische Wirtschaftspolitik

zurückzuführen sind. Daß Sir Stafford Cripps mit seinem Kampfe gegen die Inflation im ganzen auf dem richtigen Wege war, geben auch seine Gegner zu. Aber für das sozialistische Rezept spricht es nicht, wenn der größte Produktionserfolg von der Stahlindustrie erzielt wurde, die heute noch in privaten Händen ist, während z. B. das Ergebnis der bereits sozialisierten Kohlenindustrie enttäuscht hat. Ein

glattes Fiasko war der Versuch der Regierung, die Arbeiter aus den sogenannten unwesentlichen in die sogenannten wesentlichen Industriezweige zu lenken. Im Baugewerbe z. B. wollte sie die Arbeiterschaft um etwa 150 000 vermindern; aber tatsächlich ist sie Ende 1948 fast genau so zahlreich wie Ende 1947, und für die Zukunft verzichtet die Regierung offenbar auf jeden Versuch, in die Entwicklung einzugreifen. Besonders interessant ist das Ergebnis der hart umstrittenen Verordnung, welche der Regierung die Befugnis gab, Arbeiter gegen ihren Willen zu zwingen, eine bestimmte Tätigkeit zu übernehmen. Von dieser Befugnis ist, wie der Bericht hervorhebt, nicht öfter als 300mal Gebrauch gemacht worden. Das spricht für die Vorsicht, mit welcher die Behörden diese gefährliche Waffe handhaben, aber sicherlich nicht für die Berechtigung dieser bedenklichen Verordnung. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird mit etwas über 19 Millionen angegeben, aber von diesen sind nicht weniger als 2,2 Millionen Angestellte des öffentlichen Dienstes, fast 300 000 mehr als im letzten Vorkriegsjahr. Das Ziel, ihre Zahl herabzusetzen, ist nicht erreicht worden. Ebenso wenig ist es gelungen, das weitere Steigen der Arbeitslöhne zu verhindern, obwohl der Bericht sich diesen Anschein gibt. Daß es aber hierauf für den künftigen Exporterfolg entscheidend ankommen wird, wenn die internationale Hochkonjunktur einmal nachläßt, liegt auf der Hand. Ebenso dringend ist die Verminderung der ungeheuer angeschwollenen staatlichen Ausgaben. Aber in beiden Richtungen fehlen Anzeichen einer durchdachten Regierungspolitik.

Die Regierung fühlt sich fester im Sattel

als vor einem Jahre. Der Ausfall der letzten Nachwahlen war durchaus dazu angetan, sie in diesem Gefühl zu bestärken. Nicht *einen* Sitz hat sie verloren, obgleich es sich keineswegs überall um Wahlkreise handelt, die als fester Besitz der Labour-Partei angesehen werden können. Die Opposition, die über dies Ergebnis sehr enttäuscht ist, beschuldigt die Regierung, sie habe durch die Lockerung der unbequemen Rationierung den Ausgang der Wahlen zu ihren Gunsten beeinflussen lassen. Wie dem auch sein mag, von einem Abschwenken erheblicher Wählerschichten von den Sozialisten zu den Konservativen kann jedenfalls diesmal keine Rede sein. Die konservativen Politiker stellen auch keineswegs in Abrede, daß sie durch die Erfahrungen dieser letzten Wahlen beunruhigt sind. Die Briefspalten der «Times» sind erfüllt von ihren Zuschriften, in denen die verschiedensten Rezepte für die Gewinnung der Wählermassen vorgeschlagen werden und die zeigen, daß die Meinungen recht weit auseinandergehen.

Vielleicht der bemerkenswerteste Zug dieser Selbstkritik ist, daß

Zweifel an der Führung Churchills

laut werden. Der berühmte Karrikaturist Low kleidete sie jüngst in die Behauptung, die jüngeren Tories wollten ihn auf den eben frei gewordenen Präsidentensessel der Akademie der Künste versetzen, wenn er sich verpflichte, künftig die Hände von der Politik zu lassen. Die Kritiker finden, daß ihr vielseitiger Führer sich nicht genügend auf die parlamentarischen Kämpfe konzentriere, daß er nebenbei zu viel unternahme, was ihn von Westminster fern halte, und daß er in die parlamentarischen Debatten zuweilen allzu impulsiv und ohne genügende Verständigung mit der Partei eingreife. Es war in der Tat auffällig, daß Churchill eine mehrwöchentliche Reise nach den Vereinigten Staaten antrat am Tage, bevor der Parteivorstand sich zu einer wichtigen Programmberatung versammelte, obwohl sein Vertreter Eden noch nicht aus Australien zurückgekehrt ist. Die Niederlage in dem Londoner Stadtteil Hammersmith, welche die Konservativen besonders schmerzt, wird von Churchills Kritikern mit seinem vorschnellen Angriff auf die finanziellen Nachforderungen für den Health Service in Zusammenhang gebracht. Als diese

Nachforderungen in der enormen Höhe von 59 Millionen Pfund angekündigt wurden, ritt Churchill, der als ehemaliger Schatzkanzler ein Gefühl für gesunde und ungesunde Finanzen hat, eine scharfe Attacke gegen diese verantwortungslose Finanzpolitik und sprach sogar von einem Mißtrauensvotum. Als die Nachforderungen dann aber zur parlamentarischen Bewilligung standen, scheute sich die Opposition, dagegen zu stimmen, und Churchill selbst war während des größten Teils der Debatte abwesend. Der Grund der Schwenkung war, daß die Konservativen um jeden Preis den Eindruck vermeiden wollten, als ob sie, wie ihre sozialistischen Gegner behaupteten, die Leistungen des Health Service verringern wollten, die von der Mehrzahl der Wähler als sehr willkommene staatliche Unterstützungen betrachtet werden.

Dies Dilemma ist bezeichnend für die größte Schwierigkeit, vor der jede Opposition gegen die sozialistische Regierung steht.

Der soziale Wohlfahrtsstaat

gewährt seinen Bürgern zahlreiche Leistungen, die von den Empfängern nicht als Wohltaten, sondern als wohlverdiente Rechte angesehen werden. Daß das Geld, mit dem diese Leistungen bezahlt werden, aus den Taschen der Steuerzahler kommt, stört die Empfänger nicht, solange sie sich mit der Hoffnung trösten können, daß nicht sie, sondern andere die Steuern aufzubringen haben. Ein besonders deutliches Beispiel sind die staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln. Sie sind jetzt so angeschwollen, daß sie etwa 10 £ auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre ausmachen. Ein Ehepaar mit zwei Kindern profitiert also mit ungefähr 40 £ im Jahr. Solange der Steuerzahler nicht mehr als 40 £ an Einkommensteuer zu zahlen hat, kann er sich also sagen, daß er mit dem Staat ein gutes Geschäft macht. Diese Grenze überschreitet er aber bei den jetzigen Sätzen erst bei einem Einkommen von etwa 550.— £, das doch nur eine Minderheit der Wähler erreicht. Er muß schon ein sehr starkes Gefühl der Verantwortlichkeit für den Staat haben, um sich die Frage vorzulegen, ob die Gesamtheit solche Lasten auf die Dauer tragen kann. Es liegt nun einmal in der Natur des Steuerzahlers — gleichviel welcher Nation und welcher Klasse —, daß er als drückend nur die Steuern empfindet, die er selbst zu zahlen hat, und über diejenigen seines Nachbarn sehr viel großzügiger denkt.

Ignotus

Brief aus Italien

Das alles andere überschattende politische Ereignis der jüngsten Vergangenheit ist der

Beitritt Italiens zum Atlantikpakt,

der zwar formell noch nicht vollzogen, aber nach der Beauftragung der Regierung von Seiten des Parlamentes und des Senates, Verhandlungen in Washington zwecks Eintrittes in die große Allianz der westlichen Welt zu führen, nur mehr eine Frage von Wochen ist. Aller Voraussicht nach wird Graf Sforza mit den andern Außenministern der Gründerstaaten den Pakt anfangs April unterzeichnen. Der Beitritt krönt Italiens Wiederaufnahme in das westeuropäische Völkergremium, die durch seine Teilnahme am O.E.C.E. und am Europarat schon weitgehend vorbereitet war.

Die Regierung De Gasperi hat in dieser Sache einen großen Prestigeerfolg erzielt, dessen Größe sich an der ohnmächtigen Wut der moskauhörigen Linken richtig abschätzen läßt, die nichts besseres zu tun wußte, als durch monotone Obstruktionspalaver die Entscheidung um 48 Stunden hinauszuziehen, wohl um sich im Kreml

die Noten für die erlittene Abfuhr etwas zu verbessern. Irgendwie scheint der Informationsdienst der Kominform versagt zu haben, denn die läppische Reaktion der Kommunisten und Nennisozialisten verrät doch deutlich, wie sehr sie durch die diplomatische Blitzoffensive der Regierung überrumpelt worden sind. Außenminister Sforza scheint von der Methode seiner Gegner, die nach geduldiger, stiller Vorarbeit «schlagartig» zuzugreifen wissen, allerhand gelernt zu haben.

Immerhin, so gelungen die Blitzoffensive in ihrer ersten Phase auch ist, dürfte es gut sein, sich einige Tatsachen vor Augen zu halten, die zum Verständnis etwaiger Weiterungen wissenswert sind. Auf Seiten der Paktpartner war bekanntlich vorerst nur Frankreich unentwegt für die Einbeziehung Italiens eingetreten. Neben wirtschaftlichen waren auch koloniale Erwägungen die Gründe dieser Haltung. Auch dürften militärische Faktoren eine Rolle gespielt haben. Frankreich zieht es selbstverständlich vor, die erste Verteidigungslinie gegen eine eventuelle Offensive aus dem Osten in Venezien statt an den Westalpen zu haben, so prekär die Verteidigungskraft dieses Vorfeldes heute auch noch sein mag. Diese Erwägung ist auch für die Schweiz von großem Interesse. Amerika hat auch hier wieder einen Zickzackkurs gesteuert, immerhin ist es in der letzten Verhandlungsphase wieder in die italienfreundliche Linie eingeschwenkt. Großbritannien und die Beneluxländer hätten Italien — wenn überhaupt — lieber erst später in den Pakt aufgenommen.

Für Italien selber scheint der Beitritt aber noch vorteilhafter zu sein als für seine Paktpartner. Was Rußland durch seine sture Vetopolitik jahrelang verhindern konnte, nämlich die

Wiedereingliederung unseres südlichen Nachbarvolkes

als gleichberechtigtes Mitglied in das Völkergremium der UNO, ist ihm nun durch den Beitritt zum Atlantikpakt zuteil geworden. Diese Befreiung aus der als schmachvoll empfundenen Stellung eines Outcasts ist ein Prestigeerfolg der Regierung, der viel zu dem — wenigstens zeitweiligen — Verschwinden der bürgerlichen Widerstände gegen den Anschluß an den Atlantikpakt beigetragen hat. Man wird aber gut tun, diesen Widerständen für die Zukunft Rechnung zu tragen. Die schlechten Erfahrungen, die Italien seinerzeit mit dem Dreibund, später mit den Alliierten in der Kolonienfrage und zuletzt mit dem Stahlpaktpartner gemacht hat, haben der Devise «L'Italia farà da se» neuen Auftrieb gegeben. Macchiavelli rät im «Principe» von Allianzen mit stärkern Mächten ab, weil im Falle eines Sieges dieselben doch den Löwenanteil an der Beute einzuheimsen pflegen, und im Falle einer Niederlage der schwächere Partner viel mehr zu leiden habe als der stärkere. Diese Befürchtung wird heutzutage von seinen Landsleuten weitgehend geteilt. Daß Italien noch auf Jahre hinaus infolge der durch den Friedensvertrag bestimmten Abrüstung und der starken staatsfeindlichen Minderheit militärisch schwach ist, liegt auf der Hand. Und doch konnte es gerade wegen dieser Schwäche nicht neutral bleiben, denn in Konfliktfällen wird ja nur die bewaffnete Neutralität respektiert. Fast automatisch würde es Kampfplatz fremder Heere, wie schon so oft in seiner langen Geschichte. Daß es den Versuch unternimmt, diese Invasionsgefahr durch einen Paktabschluß zu verringern, liegt auf der Linie militärischer Logik.

Ob die Atlantikallianz sich aber letzten Endes zum Vorteil Italiens entwickeln wird, entscheiden nicht allein militärische Gesichtspunkte. Wenn der Anschluß unseres Nachbarstaates an den Westen nun die beharrlichen Widerstände überwinden hilft, die sich einer vernünftigen Lösung der chronischen Schwierigkeiten entgegenstellen, die Italiens labile Politik seit Jahrzehnten bestimmen, so werden ihm auf die Dauer auch die breiten Massen zustimmen, die heute den Hetzparolen Moskaus glauben, daß es sich um einen Angriffspakt handle. Verminderung der Übervölkerung durch massive Emigration und Aufsaugung der erschreckend hohen Arbeitslosenzahl durch vermehrte Arbeitsbeschaffung sind die beiden Grundprobleme, deren

Lösung nicht nur von europäischer, sondern von mondialer Bedeutung sind. Mit andern, wie die Agrar- und Steuerreformen, wird Italien selber fertig werden.

Innenpolitisch

bedeutsam war die kürzlich erfolgte Spaltung der Saragatpartei, die gerade wegen der Atlantikpaktfrage erfolgte. Obwohl kaum von großer Bedeutung, bewies sie, wie weitgehend der italienische Sozialismus — selbst gemäßigter Richtung — einer staatsfeindlichen Haltung verhaftet ist. Dieselben Kreise, die in England, Belgien und Skandinavien die Regierungsträger sind, gefallen sich in Italien immer erneut in der Rolle einer frondierenden Clique, trotz den Erfahrungen, die ihre Parteibrüder in den osteuropäischen Staaten gemacht haben. Wenn man dem innenpolitischen Kurse der Regierung De Gasperi, vor allem in kulturell-educatorischen Belangen, nicht durchwegs zustimmen kann, so muß man es trotz allem als großen Vorteil begrüßen, daß die christlichsoziale Partei allein so stark ist, daß sie den Regierungskurs bestimmt. Welch' hilflose Kompromißpolitik müßte De Gasperi steuern, wenn die Koalitionsparteien stärker wären und er vermehrte Rücksicht auf sie zu nehmen hätte! Der Kuhhandel wäre kein Ende.

Die Streikwelle,

vor allem die perfide «Non-cooperazione», geht zwar weiter, aber man gewinnt doch den Eindruck, daß die Politik des Durchseuchenlassens genau wie in Frankreich die Virulenz der Epidemie herabmindert. Noch vor einem Jahr wäre auf die Atlantikabstimmung schlagartig ein Generalstreik dekrediert worden, der sicher auch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Der Grund, weshalb er jetzt ausblieb, war wohl die Furcht, daß er zu einem Fiasko würde, nachdem die Freien Gewerkschaften immer mehr gegen die demagogischen Methoden der C.G.I.L. Stellung nehmen und systematisch gegen politische Streiks auftreten.

Die wirtschaftliche Lage

zeichnet sich, wie so vieles in Italien, durch schwer erklärliche Widersprüche ab, die ein Gesamturteil erschweren, abgesehen davon, daß die Lage von Landesteil zu Landesteil verschieden ist. Immerhin, mit vielen Vorbehalten darf man gesamthaft eine gewisse weitere Konsolidierung konstatieren. Dies ist um so beachtenswerter, als die Arbeitsunterbrechungen das Produktionsvolumen ungünstig beeinflussen. Der durch die Streike bedingte Arbeitsausfall kostete die italienische Arbeiterschaft im vergangenen Jahre 66 Millionen Stunden oder 30 Milliarden Lire. In welchem Maße der Marshallplan an der wirtschaftlichen Gesundung beteiligt ist, ist schwierig zu beantworten, doch die Meinung ist in Italien weit verbreitet, daß ein guter Teil der Besserung auf sein Konto geht. Der Gesamtimport von 1948 hat gegenüber 1947 um 5 % auf ca. 6 Milliarden Schweizerfranken zugenommen, während sich die Ausfuhr um volle 60 % auf ungefähr 4 Milliarden Franken hob. Die letzten Monate brachten eine weitere Verbesserung der Exportposition. De Gasperi teilte kürzlich in der Kammer mit, daß die Agrarproduktion 86 %, die Industrieproduktion gar 90—92 % der Vorkriegsziffern erzielt und das Nationaleinkommen im Jahre 1948 um 6—7 % zugenommen hat, so daß bereits wieder neun Zehntel des Vorkriegsstandes erreicht sind.

Das Staatsbudget,

das letztes Jahr mit einem Defizit von 754 Milliarden Lire abschloß, sieht für das laufende Finanzjahr einen Ausgabenüberschuß von nur 174 Milliarden Lire vor, der sich erfahrungsgemäß allerdings noch erhöhen dürfte. Während die Börsen, und vor allem die Staatstitel, günstigere Kurse aufweisen (das Durchschnittsniveau der

Aktien beträgt gegenwärtig das 16fache des Vorkriegsstandes gegenüber dem 12fachen vor einem Vierteljahr), sind die Kurse für freie Dollars, Schweizerfranken und Gold noch fast so hoch wie vor Jahresschluß, nämlich Lire 670—700 für den Dollar, 165—170 für den Franken und 1000—1050 für das Gramm Feingold.

Da speziell für den

Tourismus

eine Korrektur der hohen Preise durch niedrige Kurse angezeigt ist, hat man den Eindruck, daß der Regierung diese Sachlage nicht ungelegen kommt. Die Aussichten für den Fremdenverkehr sollen nach Aussagen von Fachleuten übrigens recht gut sein, sofern sie nicht wieder durch politische Störungsaktionen zunichte gemacht werden. Die Devisenreserven Italiens dürften übrigens wieder im Anstieg begriffen sein, wofür die kürzlich erfolgte Wiedereinführung der Abgabe von Reisevaluten nach der Schweiz — vorläufig allerdings nur zu Geschäftsreisen — zum offiziellen Kurs von 142 Franken Zeugnis ablegt.

Der Notenumlauf

pendelt um die 900 Milliardenengrenze herum. Die auf Jahresende erfolgte starke Ausweitung (beinahe 10 %) ist durch Rückfluß von 5 % wieder stark reduziert worden und Fachleute erwarten einen weiteren Abbau. Angesichts der stets steigenden Bevölkerungszahl und der stark gesteigerten Produktion ist die monetäre Lage nicht als alarmierend zu betrachten, wenn sie auch noch nicht aus der Rekonvaleszenz heraus ist.

Weiter verbessert hat sich das

Transportsystem.

Man findet, außer in Stoßzeiten, ohne Platzreservierung in den Zügen wieder Sitzplätze. Die zum Personenverkehr im Vorortsverkehr eingesetzten Güterwagen sind beinahe verschwunden, dafür werden die neuen Personenwagen immer zahlreicher. Gegenwärtig wird mit Hochdruck am neuen gigantischen Bahnhof in Rom gearbeitet, der auf das kommende heilige Jahr 1950 hin der Welt Zeugnis vom unbeugsamen Wiederaufbauwillen des republikanischen Italiens ablegen soll.

Der Nahrungsmittelsektor

darf als normalisiert angesprochen werden. Offizielle und graue Preise (von Schwarzmarkt kann man nicht mehr reden) haben sich sozusagen angeglichen. Die Zufuhren, auch aus dem Auslande, sind reichlich und zeigen eine deutlich rücklaufende Tendenz der Preise, die durch den günstigen Stand der Saaten nach den ergiebigen Märzregen noch weiter verstärkt werden wird. Die Regenfälle und die kommende Schneeschmelzperiode werden endlich auch die Stromkrise lindern, die in den letzten Monaten zu 2—3tägigen Stromunterbrechungen pro Woche führte.

Wenn politisch eine durchgreifende Beruhigung eintrifft, wenn die Emigration in Schwung kommt, wenn die wirtschaftliche Besserung anhält und durch Kapitalinvestierungen im In- und Ausland verstärkt wird, wenn durch vermehrte Produktionsleistungen die chronisch überhöhten Kosten der italienischen Industrie herabgesetzt werden, so dürfte Italien zu einem Stabilitätsfaktor im neuerstehenden Europa werden, wie es vor dem ersten Weltkrieg jahrzehntelang der Fall war. Wenige Länder der Welt sind dem sichern Hafen so nahe wie unser südlicher Nachbar. Ob er ihn bald erreicht oder — wie schon so oft — erneut durch Gegenwinde in den stürmischen Ozean hinausgetrieben wird, werden die nächsten Monate lehren.

Peregrinus

Berichte aus Deutschland

Es war merkwürdig, wie sich die Stimmung der Deutschen hob, als die D-Mark plötzlich an den ausländischen Börsen höher notiert wurde und vor allem in der Schweiz einen Kurs erhielt, den sich eigentlich keiner erträumt hatte. Auch die Mahnungen der Fachleute, dieses Ansteigen nicht zu überschätzen, änderte an der Besserung der Atmosphäre nichts. Man vermutet allerdings, daß der überaus umfangreiche Schmuggel deutscher Fertigfabrikate in das Ausland das Ansehen der D-Mark dort gefestigt hat. Wenn man diesem Schmuggel nun wirklich zu Leibe rückt, müßte also der Kurs langsam wieder fallen, zumal der offizielle Export immer noch zu 50 % aus Rohstoffen besteht, hauptsächlich aus Kohle und Holz, ein Zustand, der für das übervölkerte Land auf die Dauer verheerende Folgen haben muß.

Durch die künstlich herbeigeführte Geldverknappung sind jetzt in Deutschland wieder alle Waren auf dem Markt erschienen. Die Produktion entspricht zwar noch keineswegs der echten Nachfrage, aber die Nachfrage wird durch die totale Verarmung breiter Kreise seit der Währungsreform und die Preiserhöhungen gebremst. Da wenig Geld vorhanden ist, sind einzelne Preise inzwischen auch wieder gefallen, womit sie aber immer noch wesentlich höher sind als im Zeitpunkt der Währungsreform. So kann man die Preissenkungen im Verhältnis zu den Lohn- und Einkommensverhältnissen nur als relativ bezeichnen.

Aber etwas ganz Immaterielles hat sich wesentlich gebessert, etwas, was für den Lebensmut eines Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist, und das ist:

die Hoffnung.

Zum ersten Mal seit der Kapitulation beginnen weitere Kreise ganz leise von ferne zu hoffen, daß die Lage sich nun doch kontinuierlich bessere. Man ist nicht übermütig, aber man folgert aus den Bemühungen vieler Staatsmänner, insbesondere des französischen Außenministers Robert Schuman, daß ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, ein einziges Europa zu schaffen. Man glaubt auch nicht mehr an einen neuen Krieg, auch nicht an einen Krieg zwischen Amerika und Rußland. Aber den kalten Krieg fürchtet man immer noch. Und gerade in diesem Punkte ist man der Auffassung, daß er nur durch eine Einigung Europas überwunden werden könne. So wird auch der kalte Krieg um Berlin mit heißem Herzen, aber kaltem Verstand verfolgt. Man betrachtet ihn als die eiternde Wunde am europäischen Körper und als einen womöglich tödlichen Virus für Westdeutschland. Skeptisch verfolgt man den zur Schau gestellten Heroismus in Berlin, der teilweise bis zur Hysterie reicht, vor allem bei einigen Parteigrößen. Man weiß aus der Vergangenheit, wie gefährlich eine solche Seelenlage ist. Aber man versteht auch, wie leicht unter Druck gesetzte Menschen, deren Los von einem unübersehbaren Kräftefeld, nur nicht von ihnen selbst bestimmt wird, zu diesem Ventil greifen. Daß die «Luftbrücke» niemals von Deutschland finanziert werden kann, wird kaum noch bezweifelt, zumal niemand mehr die Deutschen für die Notwendigkeit dieses Unternehmens verantwortlich macht. Der rein finanzielle Unterhalt von Berlin, der, wie man sich in Frankfurt erzählt, monatlich über 100 Millionen D-Mark erfordert, ist dem Westen schon Bürde genug.

Wenn man sich die Mühe nimmt, einen Querschnitt durch das Empfinden des deutschen Volkes zu ziehen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß dieses Empfinden

eine stark surrealistische Note

trägt. Das Volk ist nicht gewillt, irgendeine äußere Erscheinung richtig ernst zu nehmen. Die verschiedenen Zonen, in denen sich verschieden uniformierte Militärs

bemühen, die deutsche Bevölkerung zu antimilitärischem Denken zu erziehen, wirken langsam komisch. Man kommt zu der Überzeugung, daß Deutschland zum Exerzierplatz der internationalen Politik wurde, wobei die Nachteile der Uneinigkeit der verschiedenen Großmächte die Vorteile für das besiegte Land leider wesentlich übersteigen. Was soll man sich unter solchen Aspekten schon sehr stark um den parlamentarischen Rat in Bonn bekümmern, der sich seit Monaten um ein sogenanntes Grundgesetz, also eigentlich um eine Verfassung, bemüht, wobei das erwartete Besatzungsstatut von sehr viel größerer Tragweite ist als alle Verfassungen, die sich überalterte deutsche Parlamentarier auszudenken vermögen? Als ein Abgeordneter in Bonn kürzlich erklärte, die deutsche Souveränität sei originär, da rief ihm der geistsprühende schwäbische Abgeordnete Prof. Dr. Theodor Heuß ganz richtig zu: «Ist sie nicht mehr originell?»

Mit einer originellen Souveränität läßt sich jedoch kein Staatsbewußtsein erzeugen. Ja, es ist ganz merkwürdig, immer weitere Kreise in Deutschland sind gar nicht mehr bereit, nationalstaatlich zu denken. Sie sehen das Vergebliche aller Bemühungen ein, und sie kommen immer mehr zu der Überzeugung, daß es entweder allen gut oder allen schlecht gehen kann, zumal die europäischen Sieger des vergangenen Krieges keineswegs den Krieg «gewonnen» haben und ebenfalls sehr unter den Folgen des Sieges leiden. Die einzigen, die nationalistische Gefühle in breiten Massen wachzurufen versuchen, sind die Kommunisten. Noch aber haben die Arbeitermassen in Deutschland genügend zu essen, und man kann es nicht oft genug wiederholen, daß, solange diese Tatsache bestehen bleibt, die

kommunistische Gefahr keine Gefahr für Deutschland

ist. Auch die von den Kommunisten eifrig geschürte Propaganda gegen die Internationalisierung der Ruhr hat nicht gezündet. Seitdem der englische Vorsitzende der Ruhrkontrolle, Mr. Collins, sagte, eine Ausdehnung der Internationalisierung auf die gesamte europäische Montanindustrie sei nicht ausgeschlossen, sieht man in dem Ruhrstatut sogar eine Vorstufe für die Lösung von morgen. Man glaubt daran, daß Europa sich einigen wird, daß es eine dritte Kraft zu bilden vermag, die zwischen den großen west-östlichen Kontinenten eine geistig-diplomatische Aufgabe des Ausgleichs und der Beruhigung zu erfüllen hat.

Das Wesentlichste, was also aus Deutschland zu berichten wäre, ist die Tatsache, daß man wieder ein wenig zu hoffen wagt. Und das ist mehr wert als eine noch so notwendige Erhöhung der Kalorien.

Hanns-Erich Haack

* * *

Am Aschermittwoch sind die Arbeiten des Parlamentarischen Rates in Bonn durch ein Memorandum der drei Westalliierten jäh unterbrochen worden. Die Militärgouverneure haben es für richtig gehalten, den Deutschen nach Abschluß aller Ausschlußberatungen, das heißt also noch vor der Annahme der Verfassung im Plenum, mit Nachdruck darzulegen, daß in den wichtigen Punkten die Londoner Empfehlungen, welche die Grundlage der Arbeit des Parlamentarischen Rates bilden, nicht beachtet seien. Es handelt sich um die

föderative Struktur des künftigen Deutschen Bundes;

nach Ansicht der Alliierten hatte der Entwurf einen zu zentralistischen Charakter. Die wichtigsten Einwände betrafen die Zuständigkeit des Bundes für die Gesetzgebung und für das Finanzwesen. Nach dem deutschen Entwurf hatte der Bund eine Vorrang-Gesetzgebung auf allen wichtigen Gebieten. Nach dem Vorschlag der

Alliierten soll er auf diesen Gebieten nur dann ein Gesetzgebungsrecht haben, wenn offenkundig ist, daß es für ein einzelnes Land unmöglich ist, wirksame Gesetze zu erlassen. Da so wichtige Gebiete wie das Bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Flüchtlingsfragen und das Wirtschaftsrecht zu den 26 Kategorien gehören, ist die alliierte Forderung sehr einschneidend. Auf dem Gebiete des Finanzwesens lag nach den deutschen Vorschlägen sowohl die Finanzhoheit über alle wichtigen Steuern als auch die Finanzverwaltung beim Bunde. Nach den alliierten Vorschlägen werden dem Bund nur bestimmte Steuereinnahmen (Zölle und Finanzmonopole) zur ausschließlichen Zuständigkeit überwiesen, während er bei den übrigen großen Steuerquellen (Verbrauchs- und Einkommensteuer) nur den Vorrang haben soll. Man wünscht, daß die Länder über eigene autonome Steuerquellen verfügen und nicht nur vom Bund über den Finanzausgleich subventioniert werden. Ferner wird verlangt, daß die Länder ihre eigenen Steuern selbst verwalten.

Durch die Forderungen der Alliierten ist der Parlamentarische Rat in rechte Schwierigkeiten geraten. Allen Warnungen zum Trotz hat er in dem sicherlich schwierigen Bemühen, einen *innerpolitischen* Kompromiß für das Verfassungsgebäude zu finden, geglaubt, sich über die Londoner Empfehlungen mehr oder weniger hinwegsetzen zu können. Nun sah er sich unvermittelt der nackten Realität der deutschen *außenpolitischen* Situation gegenüber. Die politischen Parteien, insbesondere die zentralistisch eingestellten Sozialdemokraten und Freien Demokraten, haben zwar ihre starken Bedenken gegen die alliierten Forderungen zum Ausdruck gebracht, gleichzeitig aber ihre Kompromißbereitschaft zu weiteren Verhandlungen bekundet. Die durch das alles eingetretene Verzögerung in dem staatlichen Wiederaufbau-Prozeß Deutschlands ist in vieler Hinsicht bedauerlich. Das ohnehin durch seine indirekte Delegation geringe Ansehen des Parlamentarischen Rates hat durch die Manifestierung seiner Abhängigkeit von den Alliierten einen erneuten Stoß erhalten.

Hinzu kommt, daß der Parlamentarische Rat sich auch von deutscher Seite scharfer Kritik ausgesetzt sieht. Als besonders wichtig ist hier eine öffentliche Versammlung der Deutschen Wählergesellschaft in der Paulskirche zu erwähnen, bei der an dem vom Parlamentarischen Rat in aller Eile, — in zwei Tagen! — verabschiedeten Wahlgesetz scharfe Kritik geübt wurde. «Der Parlamentarische Rat hat sich» — so schrieb der «Rheinische Merkur» — «nunmehr offenkundig zwischen die beiden Stühle seiner Auftraggeber, nämlich der Militärregierung und des deutschen Volkes, ins Leere gesetzt». Die Deutsche Wählergesellschaft fordert

ein klares Mehrheitswahlrecht

nach angelsächsischem Muster, bei dem die Abgeordneten in Einzel-Wahlkreisen gewählt werden. Sie bekämpft das Verhältniswahlrecht, an dem — mit Ausnahme der CDU/CSU — die Bürokratie der alten Parteien zäh festhält. Sie richtet ihre Kritik gleichzeitig gegen die Militärregierung, der sie vorwirft, daß sie durch die frühzeitige und alleinige Zulassung der alten Parteien das Entstehen eines neuen demokratischen Lebens in Deutschland verhindert habe. Die Kundgebung in der Paulskirche war beachtlich dadurch, daß namhafte Vertreter aller großen Parteien und unabhängige Persönlichkeiten als Redner auftraten, und zwar ausnahmslos Männer mit unzweifelhaft demokratischem Wollen. Für einen Schweizer mag der Kampf gegen das dort seit einer Generation eingeführte Verhältniswahlrecht sonderbar erscheinen, doch sind die deutschen und Schweizer Verhältnisse sicherlich grundverschieden. Zunächst einmal kennt man in Deutschland das Referendum überhaupt nicht, durch das in der Schweiz die Beteiligung des Volkes an der Legislative nicht nur gesichert ist, sondern in jedem einzelnen Falle ausgeübt wird. Ferner bringt unter den heutigen deutschen Gegebenheiten das Verhältniswahlrecht zwangsläufig eine Renaissance der Weimarer Situation, die schon einmal mit dem «legalen» Übergang in die Diktatur der Skrupellosen geendet hat.

Auch an anderen Stellen machen sich jetzt Anzeichen für das Erwachen eines
neuen demokratischen Geistes

in Deutschland bemerkbar. Die Amerikaner haben unter der Bezeichnung «Forum» öffentliche Aussprachen von Bürgern jedweder Partei und Konfession in allen größeren und kleineren Orten ihrer Zone eingerichtet. So wenig geschickt und erfolgreich sie bei sonstigen Bemühungen um die «reducation» und «reorientation» der Deutschen gewesen sind, — es kann nicht verkannt werden, daß sie mit diesen Foren verstanden haben, gesunde und wirklich demokratische Kräfte in Deutschland zu wecken. Die Haltung der deutschen Behörden gegenüber diesen Foren ist unterschiedlich. In einigen Fällen haben die Landräte, Bürgermeister und andere Beamte erkannt, daß es sich hier um eine großartige Gelegenheit handelt, den Bürger für das öffentliche Geschehen zu interessieren und ihm klarzumachen, daß die «Entscheidungen, die heute in Moskau, Berlin, London und Washington fallen, morgen schon seine Existenz in Tauberbischofsheim erschüttern können» («Kommunalpolitische Blätter»). An anderen Orten verhalten sich die Behörden den Foren gegenüber noch reserviert. Dann spiegeln die Foren besonders deutlich die starke Ablehnung der heutigen Form der deutschen Demokratie mit ihrer indirekten Parteienherrschaft wider. Gewiß ist die Ablehnung der Demokratie bei vielen auch grundsätzlich und neofaschistisch; es wäre ein Wunder, wenn die autoritären Traditionen in Deutschland bereits nach so kurzer Zeit überwunden wären. Wichtig aber ist, daß es eine Menge von Beispielen gibt, wo die in der Demokratie so notwendige Kritik ohne Schwierigkeit in positive Bahnen gelenkt werden konnte.

Die Entwicklung des

wirtschaftlichen Wiederaufbaus

tritt nun im Frühjahr in eine relativ kritische Phase. Der nach der Währungsreform von Professor Erhard eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs hat seine Rechtfertigung in dem Sinken der Preise gefunden, das in den ersten Wochen des neuen Jahres begann. Wie immer hat dieses Sinken der Preise Absatzschwierigkeiten in Industrie, Gewerbe und Handel hervorgerufen. Die betroffenen Kreise versuchen, ihre wirtschaftliche Position durch Arbeitseinschränkungen und Entlassungen zu verteidigen. So zeigen die Ausweise der Arbeitsämter ein zwar noch nicht bedrückendes, aber ständiges Steigen der Arbeitslosenziffern. Dem Sinken des Beschäftigungsgrades ist nur zu steuern durch die Gewährung langfristiger Kredite an die Investitionsgüter-Industrie, insbesondere an die Bauwirtschaft. Mittel hierfür wären vorhanden, doch liegt ihr Einsatz nicht in der alleinigen Zuständigkeit von Professor Erhard. Die Mittel sammeln sich bei den Importbehörden, welche die großen von USA und England vorgeschossenen Lebensmittellieferungen durchführen und (durch die nach wie vor unverhältnismäßig hohen Steuersätze) in den Kassen der Länder. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingen wird, *schnell* genug die Pläne durchzusetzen, die einen wesentlichen Teil dieser Mittel dem Investitionskredit zuführen sollen, statt daß sie von den Ländern für die Aufrechterhaltung ihrer durch die Kriegswirtschaft aufgeblähten Verwaltung verwandt werden. Die durch das Nebeneinander von Militär-Regierungen und deutschen Verwaltungen so komplizierten Zuständigkeiten sind für die gebotene Eile ein großes Hindernis.

Konrad Mommsen

Militärische Umschau

Führernachwuchs

In der richtigen Erkenntnis, daß berufliche und persönliche Verhältnisse der sehr lange dauernden Ausbildung zum Einheitskommandanten hindernd im Wege stehen, hat das *Eidgenössische Militärdepartement* im Jahre 1947 (Militäramtsblatt 1947, S. 264/265) Weisungen erlassen, die gewisse Erleichterungen festlegen. Die Schwierigkeiten sind um so größer, je älter die Anwärter in dem Augenblick sind, in dem sie die fünf Monate dauernde Dienstleistung als Einheitskommandant in Unteroffiziers- und Rekrutenschule absolvieren. Die verschiedenen Beförderungsdienste, Schießschule bzw. Schießkurs, Zentralschule I und Dienstleistung in U.O.S. und R.S. sollen nunmehr auf drei verschiedene Kalenderjahre verteilt und normalerweise im 5. bis 7. Dienstjahr als Subalternoffizier, also im günstigsten Fall im 25. bis 27. Lebensjahr, absolviert werden. Von besonderer Bedeutung ist sodann die Anordnung, die geeignetsten Anwärter, *ohne Rücksicht auf das Dienstatler*, anzubieten, um ihnen Gelegenheit zu geben, die notwendigen Dienstleistungen in jungen Jahren zu bestehen. Es wird aber wohl noch einige Zeit dauern, bis sich diese Vorschrift eingelebt hat, denn gegenwärtig leisten z. B. zwei 1918 bzw. 1920 geborene Oberleutnants ihren Dienst als Einheitskdt. in Rekrutenschulen, die im 11. bzw. 9. Dienstjahr als Subalternoffizier stehen.

Neben der Einhaltung der erwähnten Vorschrift wären aber noch manche andere Erleichterungen möglich und wünschbar, so z. B. *frühzeitige Aufgebote*. Es kommt vor, daß Aufgebote in Zentralschulen erst wenige Wochen vor Dienstbeginn erfolgen, ohne daß es sich dabei etwa um Ersatzvorschläge handeln würde und Aufgebote in U.O.S.- und Rekrutenschulen, drei Monate vor Dienstbeginn, noch nicht vorliegen. Ein im freien Erwerbsleben stehender Mann, der für fünf Monate einrücken muß, sollte in unseren jetzigen normalen Verhältnissen *spätestens* ein halbes Jahr vor Dienstbeginn das Aufgebot in der Tasche haben. Wenn die Bürokratie in dieser Hinsicht zu langsam arbeitet, ist es Pflicht der vorgesetzten Kommandanten, sich für ihre Untergebenen einzusetzen. Aber auch dem bereits eine Einheit führenden Kommandanten gegenüber sind Maßnahmen am Platze, die ihn in der dienstfreien Zeit entlasten, ohne seine Kommandobefugnisse zu beeinträchtigen. Die Öffentlichkeit gibt sich gar keine Rechenschaft darüber, welche hingebende und zeitraubende Arbeit von allen Kommandanten jahraus jahrein auch in der «dienstfreien» Zeit geleistet wird, um à jour zu sein. Es mögen, als Ergebnis einer Umfrage, einige Vorschläge gemacht werden:

Alle Befehle, die Mitteilungen an die ganze Einheit oder einen Teil derselben nötig machen, werden dem Einheitskommandanten von der übergeordneten Befehlsstelle in der notwendigen Anzahl Exemplare zugestellt. — Der Einheitskommandant ist in gewissem Umfange berechtigt, geeignete Untergebene zur Mitarbeit heranzuziehen. Bei der jetzt herrschenden Hochkonjunktur und der damit verbundenen Überlastung ist es aber in der Praxis schwierig, diese Bestimmung anzuwenden. Daher sollte der Einheitskommandant seine Büroordnungen außerdienstlich zu Büroarbeiten kommandieren und aus der Dienstkasse angemessen entschädigen dürfen. Um wenigstens bescheidene zivile Ansätze zu ermöglichen, sollte der pro Jahr zur Verfügung stehende Höchstbetrag festgelegt werden. Da die Einheitskommandanten für die Durchführung der Aufgebote verantwortlich sind, nehmen sie den kantonalen Militärdirektionen eine große Arbeitslast ab, eine Tatsache, die sich in einer *Personalreduktion* ausgewirkt haben sollte. Es ist daher nur recht und billig, den Einheitskommandanten die Möglichkeit zu geben, zeitweise eine bezahlte Büro-

kraft zu verwenden. — Hinsichtlich der Bestellungen für den W.K. sollte der Einheitskommandant der vorgesetzten Stelle lediglich die einrückenden Bestände melden müssen. Die Bestellungen als solche könnten dann von einer zentralen Stelle aus erfolgen. Dies würde den vielgenannten «Papierkrieg» wesentlich vereinfachen. — Schließlich müssen Mittel und Wege gefunden werden, bei der Demobilmachung den abgehetzten Einheitskommandanten zu entlasten.

Wenn auf der einen Seite im militärischen Bereich weitere Möglichkeiten der Erleichterung der Dienstleistung naheliegen, muß auf der anderen Seite mit Nachdruck betont werden, daß die zivilen Stellen verpflichtet sind, dieser wichtigen Frage größere Aufmerksamkeit zu schenken, als dies im allgemeinen der Fall ist. Schon die Dienstleistung in Offiziersschulen findet bei einzelnen Hochschuldozenten und Geschäftsinhabern — öfters handelt es sich hierbei um Ausländer — nicht die notwendige Unterstützung. Dabei muß man sich doch vergegenwärtigen, daß das Aspirieren die berufliche Ausbildung um mindestens ein Jahr verlängert und dem Zeitverlust nur ideelle Gewinne gegenüberstehen. Sodann bedingt auch der an sich berechnete und gesunde Wunsch, die berufliche Ausbildung im Ausland zu vervollkommen, einen materiellen und zeitlichen Aufwand, der von vornherein der Offizierslaufbahn hindernd im Wege steht. Wenn also schon materielle Überlegungen heutzutage unsere jungen Leute vielfach abhalten, die Offizierslaufbahn einzuschlagen und die bei der heutigen Jugend häufig festgestellte Ablehnung jeglicher Beeinträchtigung der Ellbogenfreiheit noch dazu kommt, dann ermißt man vielleicht die sich auftürmenden Schwierigkeiten und vergegenwärtigt sich eher die Notwendigkeit des größtmöglichen Entgegenkommens im bürgerlichen Sektor. Denn nur in diesem Falle stehen so viele Kandidaten zur Verfügung, daß noch eine sorgfältige Auswahl getroffen werden kann.

Unsere Armee hat größtes Interesse daran, einen großen Prozentsatz nicht dem Beamtentum angehörender Offiziere in ihren Reihen zu zählen, denn ein Offizierskorps, das sich mehrheitlich aus Beamten von Staat, Kanton und Gemeinde zusammensetzt, wäre einseitig und würde verknöchern. Daher sind ganz besonders die unselbständigerwerbenden Offiziere der freien Wirtschaft auf ein Entgegenkommen ihrer Arbeitgeber angewiesen. Der der älteren Generation wohlbekannte Oberstkorpskommandant *Wildbolz*, dem niemand die Volksverbundenheit absprechen konnte, vertrat immer den Standpunkt, daß diejenigen Persönlichkeiten, die in großen Betrieben leitende Posten einnehmen und Tag für Tag wichtige Entscheidungen treffen müssen — militärische Eignung und körperliche Leistungsfähigkeit vorausgesetzt — ein vorzügliches Reservoir militärischer Chefs bilden. Bei einem Vergleich mit den Zeiten vor 1914 müssen wir feststellen, daß damals weit mehr militärische Führer auch im Zivilleben an führender Stelle standen als heute. Wohl ist die dienstliche Beanspruchung gegenüber früher gewaltig gewachsen, aber ist es richtig, wenn selbst in Großbetrieben Kandidaten für das höhere Avancement heute sehr oft vor die Frage gestellt werden: zivile oder militärische Karriere? Durchgeht man die Personalverzeichnisse unserer großen Betriebe, so ist man überrascht, wie wenige der führenden Persönlichkeiten Offiziere sind oder gar bis zum Staboffizier avancierten. In einer Betrachtung «*Vaterländische Wünsche*» hat *Wildbolz* einmal gesagt:

«Und jeder prüfe sich, und jede Gemeinde, jeder Geschäftsbetrieb, jede Organisation frage sich, was sie der im Wehrdienste empfangenen Ausbildung und Erziehung und so mancher von dorthier stammenden Verbindung verdanken» (Zürichsee-Zeitung Nr. 300, 1924),

und die «Zürcher Post» schrieb in jener Zeit, unter dem Eindruck der Mentalität der Nachkriegsjahre:

«Heute aber bedeutet das Plus der freiwillig übernommenen militärischen Pflichten geradezu ein Hindernis in der zivilen, beruflichen Karriere» (Züricher Post, Nr. 229, 1926).

Ist die Situation heute viel besser? Es genügt nicht, daß Behörden bei Stellenbesetzungen und gleicher Eignung verschiedener Kandidaten den Offizier vorziehen. Gewiß gibt es Firmen, die wenigstens ihren jungen Angestellten, die Offiziere sind, sehr entgegenkommen. Aber was sagt man, wenn ein Großbetrieb einem jungen Angestellten erklärt, man wolle ihm zwar nicht im Wege stehen, die zum Einheitskommandanten notwendigen Dienste zu absolvieren, er müsse aber in diesem Fall während dreier Jahre auf jegliche Ferien verzichten. — Erfährt hier nicht der Satz «Les affaires sont les affaires» eine viel zu rigorose Anwendung?

Die Elite des Volkes und alle jene Elemente, die berufen sind, eine führende Rolle im bürgerlichen Leben zu spielen, sind moralisch verpflichtet, sich für den Offiziersdienst zur Verfügung zu stellen, sofern militärische Eignung und die notwendige Gesundheit da sind. Erst durch vermehrte militärische Dienstleistung beweisen sie, daß sie lebendige Bestandteile unseres wehrhaften Volkes sein wollen. Die bürgerliche Welt aber muß die Einhaltung dieser Verpflichtung erleichtern.

Wir dürfen stolz darauf sein, daß in keinem Lande der Welt die nicht zum Berufskader gehörenden Offiziere auch nur annähernd so viele Opfer auf sich nehmen, wie in der Schweiz¹⁾. Diese Opfer müssen aber nicht nur mit aner kennenden Worten, sondern durch die *Tat* gewürdigt werden. Vermehrte Dienstleistung darf das zivile Fortkommen unter keinen Umständen *erschweren*. Hand aufs Herz, ist das im Grunde genommen nicht alles *selbstverständlich*, wenn Volk und Armee wirklich so eng verbunden sind, wie dies in Reden immer wieder betont wird?

Miles

¹⁾ Wie groß die Einsatzbereitschaft gelegentlich ist, möge an einem kleinen Beispiel aus dem letzten Aktivdienst illustriert werden. Ein überdurchschnittlicher Einheitskommandant, der schon wiederholt seine Einheit geführt, aber noch keine R.S. als Einheitskdt. absolviert hatte, verzichtete auf eine ihm angebotene ausgezeichnete und finanziell sehr einträgliche Stelle in der Meinung, in eine bestimmte R.S. einberufen zu werden. Im letzten Augenblick wurde ihm aber ein älterer Oberleutnant vor die Nase gesetzt, weil in der betreffenden Heeresinheit das Prinzip der Anciennität allzu starr eingehalten wurde.

«Unsere Staatsform ist eine Staatsform des Widerstandes; im Widerstand gegen den Machtwillen erkämpft, bleiben die drei Freiheiten — persönliche Freiheit, föderative Freiheit, politische Freiheit — nur erhalten im dauernd wachsenden Widerstand gegen ihre wachsenden Bedrohungen. Die große Bedrohung unserer Zeit aber ist die Totalitäre, deren Autoritarismus, Kollektivismus und Zentralismus eine Negation aller drei Grundfreiheiten unserer Rechtsgemeinschaft bedeutet».

Werner Kaegi